

Tag der Wirtschaft 2008
Präsidentalreferat
Freitag, 5. September 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Präsidentalansprache

Gerold Bühler, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor einem Jahr konnte economisesuisse die Strategiereform abschliessen. Die notwendigen statutarischen Anpassungen sind an der letzten Mitgliederversammlung genehmigt worden. In der Zwischenzeit sind wesentliche Elemente in die Praxis umgesetzt, von der Entscheidungsbildung bis hin zur Kommunikation. Mit der neuen vom Vorstand zuhanden der Mitgliederversammlung einstimmig verabschiedeten Beitragsordnung ist auch die Finanzierung auf transparente Weise geregelt und gesichert. Ja, wir sind zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen gerüstet.

Und was mich besonders freut, die Mitgliederbasis wächst. Fünf neue Verbandsmitglieder sind dieses Jahr vom Vorstand aufgenommen worden. Es sind dies: Verband Schweizerischer Vermögensverwalter, Privatkliniken Schweiz, Verband Schweizerischer Generalunternehmer, kmuNEXT sowie als 100. Mitglied FASMED, der Dachverband der Schweizerischen Handels- und Industrievereinigungen der Medizinaltechnik. Erstmals sind nun 100 Branchenverbände neben 20 Handelskammern und 46 Einzelmitgliedern unter dem Dach von economisesuisse. Diesen Vertrauensbeweis wissen wir zu schätzen. Wir werden alles daran setzen, um die Erwartungen zu erfüllen.

Schweizer Wirtschaft gut aufgestellt

Der Leistungsausweis der schweizerischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren ist eindrücklich. Allen pessimistischen Stimmen zum Trotz machen die Fakten eines deutlich: Unser Land gehört zu den Globalisierungsgewinnern. Die Unternehmen haben sich dem Wandel auf den Märkten angepasst. Seit dem Aufschwung im Jahr 2004 ist die Zahl der Beschäftigten um über 180'000 oder sechs Prozent gestiegen. Die Exportzuwachsraten lagen deutlich über der Zunahme des Welthandelsvolumens. Die Unternehmensgründungen haben neue Rekordwerte erreicht.

Seit Ende des letzten Jahres manifestiert sich eine weltwirtschaftliche Abkühlung. Sie hat bekanntlich auch die Schweiz erfasst und wird über das Jahr hinaus belastend bleiben. Im Gegensatz zu anderen Ländern kam es in der jüngeren Vergangenheit jedoch nicht zu gefährlichen Ungleichgewichten mit nachfolgendem Anpassungsdruck. Die Unternehmen sind bezüglich Produkten und Dienstleistungen

sowie geografisch gut aufgestellt. Hohe Qualität und Flexibilität sowie geringe Kostensteigerungen in der jüngeren Vergangenheit haben die Konkurrenzfähigkeit gestärkt. Diese Trümpfe dürfen in der anstehenden Konjunkturflaute keinesfalls aus der Hand gegeben werden.

Mit Blick auf die exogenen Teuerungsfaktoren und die Gefahr von Zweitrundeneffekten bleiben sowohl die Nationalbank als auch die Sozialpartner zugunsten ihrer stabilitätspolitischen Verantwortung in der Pflicht. Überstrapazierte und flächendeckende Lohnforderungen würden die längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten tangieren. Wenn ich hier einer stabilitätsorientierten Politik und der Mässigung das Wort rede, dann schliesse ich darin alle ein. Nur wenn wir auch auf der Führungsebene Mässigung praktizieren und von Entschädigungssystemen Abschied nehmen, welche nicht im Interesse der langfristigen Unternehmensentwicklung sind, können wir auf eine breitere Akzeptanz der Öffentlichkeit zählen.

Finanzmarktkrise: unternehmerische Verantwortung muss spielen

Den wirtschaftlich guten Zahlen der letzten Jahre zum Trotz hat es bekanntlich in jüngster Vergangenheit nicht an negativen Schlagzeilen gefehlt. Die teilweise massiven Abschreibungen infolge der Immobilienkrise in den USA haben das Vertrauen der involvierten Institute belastet und somit auch das Image des Finanzplatzes tangiert. Das Rollenverständnis Staat – Wirtschaft ist erneut zu einem beherrschenden Thema geworden. So titelte die NZZ am 23. März 2008: „Am Ende soll's der Staat richten.“ Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Und dazu wird es auch nicht kommen. Die betroffenen Institute haben bisher selbst für Ordnung gesorgt und wollen dies auch in Zukunft tun, sei es durch Anpassungen der Strategie, der Corporate Governance und der Anreizsysteme. Ich bin der Überzeugung, dass dies gelingen wird. Dies ist für die Glaubwürdigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und für den Finanzplatz zentral. Wir brauchen auch in Zukunft einen konkurrenzfähigen Finanz-, Dienstleistungs- und Werkplatz. Diese Kombination macht die Schweiz stark.

Selbstverständlich muss die Frage verbesserter staatlicher Überwachung und auch Regulierung gestellt werden. Was man auch immer zu den in Diskussion befindlichen Vorschlägen meint, mit Blick auf das Image des schweizerischen Finanzplatzes erscheint es mir wichtig, dass die nötigen Diskussionen zur Sache künftig an den Verhandlungstischen und nicht im Schaufenster geführt werden. Und schliesslich darf im Interesse der Konkurrenzfähigkeit auch die internationale Koordination nicht ausgeblendet werden. Wichtig erscheint mir auch die Erkenntnis, dass die staatliche Regulierung allein kein Garant für eine solide Finanzmarktordnung bildet. Im Gegenteil, die jüngste Krise hat einmal mehr gezeigt, dass das Gewicht unternehmerisch vielmehr auch auf ethische Werte, den Sinn für die Verhältnismässigkeit und die Verantwortung zugunsten der nachhaltigen Unternehmensentwicklung und der Arbeitsplätze gelegt werden muss.

Aussenwirtschaftliche Blockierung vermeiden

Einmal mehr sind leider die Lehren der positiven Wachstums- und Wohlstandseffekte multilateraler Handelsliberalisierung auf der Strecke geblieben. Die Blockade der Doha-Runde nach sieben Jahren reiht sich in eine bedauerliche Tendenz vermehrter Abschottung ein. Allein schon mit Blick auf die Konjunkturverlangsamung und die Wahlagenda in den USA und anderswo ist nicht damit zu rechnen, dass die WTO-Ampeln bald auf Grün gestellt werden können.

In diesem Umfeld sind die laufenden bilateralen Verhandlungen mit aussereuropäischen Ländern umso rascher voranzutreiben. Dabei bin ich der Auffassung, dass nicht nur in der Aussenwirtschafts-, sondern auch in der Aussenpolitik die nationalen Interessen Priorität haben müssen. Im Vordergrund stehen für die Schweizer Wirtschaft ein baldiger Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Japan und mit den Golfstaaten sowie weitere Abklärungen mit den BRIC-Staaten.

Bezüglich der EU geht es nun um die baldige Realisierung eines Agrar-Freihandelsabkommens und die Festigung des bisher erfolgreichen bilateralen Weges der Schweiz. Hier wie auch in den anderen aussenwirtschaftspolitischen Vorhaben ist der gesamtwirtschaftliche Nutzen in den Vordergrund zu stellen. Nur mit offenen Märkten sind jene Wachstumsimpulse zu realisieren, welche schliesslich auch zur Finanzierung flankierender Massnahmen im Bereich der Landwirtschaft nötig sind.

Mehr Mut zum Wettbewerb, zur Schaffung von Wahlmöglichkeiten ist auch im Inland angesagt. Anstatt an die Ängste zu appellieren, sollten wir uns wieder vermehrt entgehender Chancen wegen zu wenig Wettbewerb bewusst werden. Sei es in der Bildung mit der Schulwahl, bei der Post- und Stromversorgung oder beim Verkehr, mehr Wettbewerb und nicht Besitzstandwahrung wird letztlich über Innovation und Produktivitätsfortschritte die gesamte Volkswirtschaft stärken. Und lassen Sie mich hinzufügen, gerade in neu liberalisierten Märkten ist Mass halten im langfristigen Interesse einer freiheitlichen Ordnung.

Wachstumsorientierte Steuererleichterungen

Ein weiterer Pfeiler zur Zukunftssicherung bildet eine solide und konkurrenzfähige Finanz- und Steuerpolitik. Die vom Volk mit über 80 Prozent angenommene Schuldenbremse hat sich bewährt. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag, damit gerade in Zeiten sprudelnder Steuern die Ausgabendisziplin nicht aus dem Ruder läuft. Der Verschuldungszuwachs der letzten Jahre ist denn auch schwergewichtig auf die ausserordentlichen Ausgaben und den Sozialbereich zurückzuführen. Unabdingbar ist daher der Einbezug des grössten Bereichs, nämlich der Sozialwerke. Nur mit dem Einbezug entsprechender Haltepunkte und Handlungsanweisungen im Sozialbereich kann ein gefährliches Schuldenloch wie bei der IV zukünftig verhindert werden.

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist entgegen etatistischer Dialektik nicht Selbstzweck. Die daraus resultierenden Früchte in der Form von Schuldentilgung und Steuererleichterungen stärkt uns den Rücken für zukunftsorientierte Investitionen. Angesichts des internationalen Standortwettbewerbs bleibt ein attraktives Steuerniveau ein helvetischer Trumpf, den es unter allen Umständen zu halten und auszubauen gilt. Allein in der EU sind die Unternehmenssteuersätze innerhalb von zehn Jahren von knapp 40 Prozent auf leicht unter 30 Prozent gesenkt worden.

Bei der Bundessteuer sind sowohl bei den Familien als auch bei den Unternehmen Erleichterungen anzugehen. Bei der dringend gebotenen Durchforstung des Monsters Mehrwertsteuer ist unbedingt die gesamtwirtschaftliche Optik voranzustellen.

Anstatt steuerpolitisch stets nur mit kurzfristigem Horizont zu fragen, wie hoch die Ausfälle sein würden, muss vielmehr wieder gefragt werden, was die Kosten für den Wirtschaftsstandort Schweiz wären, wenn die Reformen nicht an die Hand genommen würden. Die Vergangenheit hat jedenfalls deutlich gemacht, dass die gezielten Steuererleichterungen über die Wachstumsimpulse letztlich auch dem Fiskus einen bedeutenden Return on Investment beschert haben.

Was den Steuerwettbewerb angeht, so gilt es, diesen sowohl innenpolitisch als auch mit Blick auf Brüssel mit Entschlossenheit zu verteidigen. Es wäre diesem bewährten Grundsatz abträglich, wenn die Kantone das Wettbewerbsprinzip zunehmend durch einen Hang zu übermässiger Harmonie selbst aushöhlen wollten. Der Steuerwettbewerb war niemals ruinös. Ruinös ist höchstens die Politik jener, die mangels Wettbewerb die Steuerspirale nach oben laufen liessen. Als bilateral verbundenes Land darf es daher auch im Steuerdisput mit Brüssel kein Präjudiz bezüglich unserer Souveränität geben. Das Gleiche gilt übrigens beim Bankkundengeheimnis. Beide Institutionen, die schliesslich direktdemokratisch legitimiert sind, verlangen unsererseits Standfestigkeit. Die im Vertrauensverhältnis Bürger – Staat wurzelnde Rechtsordnung dürfen wir nicht wegen Drucks von aussen erodieren lassen.

Energiepolitik: Grabenkämpfe überwinden

Wie ich schon am letztjährigen Tag der Wirtschaft dargelegt habe, stellen sich die Unternehmen aus ökologischer und ökonomischer Einsicht heraus den energie- und klimapolitischen Herausforderungen. Wir haben mit unserer Kampagne „Klimaschutz. Die Wirtschaft handelt“ gezeigt, dass freiwillige Massnahmen effizient und wirksam sind.

Mit einem jährlichen Reduktionsbeitrag von rund 4 Mio. Tonnen CO₂ bilden die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft das Rückgrat der schweizerischen Klimapolitik. Diese Beiträge entsprechen etwa dem Kyoto-Ziel. Die Schweizer Wirtschaft rangiert weltweit unter den Besten. Wir betrachten dies nicht als Ruhekiten, sondern als Ansporn.

Die stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise belasten einerseits die Wirtschaft zusehends, haben andererseits aber auch ihre lenkende Wirkung entfaltet. Weitere Abgaben auf Energieträgern sind daher unnötig. Ebenso abzulehnen sind die Pläne für eine Zweckbindung eines Teils der CO₂-Abgabe. Die Kräfte des Marktes haben bereits begonnen, einen massiven technologischen Innovationsschub auszulösen. Die schweizerischen Unternehmen aus verschiedenen Sparten sind dafür gerüstet. Eine bürokratische Umverteilungsmaschinerie erübrigt sich.

Die sichere, kostengünstige und umweltfreundliche Stromversorgung der Schweiz wird uns auch in den kommenden Jahren fordern. Wirtschaft und Arbeitsplätze sind, wollen wir von den fossilen Brennstoffen wegkommen, auf eine verlässliche und preislich kompetitive Stromversorgung angewiesen. Diese können wir insbesondere auch aus Sicherheitsgründen nicht beliebig ins Ausland delegieren. Wir müssen vielmehr im Inland alle Möglichkeiten der Energieproduktion, von den Alternativen bis zur Wasserkraft, ohne ideologische Scheuklappen nutzen. Dazu gehört auch der Ersatz der ersten Generation von Kernkraftwerken, die in den nächsten zehn bis 15 Jahren ausser Betrieb genommen werden.

Wissensstandort Schweiz: Akzeptanz Naturwissenschaften stärken

Die Ausgangslage unseres Landes als Wissensstandort ist gut. Verschiedene internationale Rankings belegen dies deutlich. Die Unternehmen spielen dabei eine auch im internationalen Vergleich zentrale Rolle. Mit rund 70 Prozent partizipieren sie überdurchschnittlich an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Die Schweiz bleibt jedoch gefordert. Andere aufstrebende, „hungrige“ Länder sind daran aufzuholen. Es bedarf daher überdurchschnittlicher Anstrengungen, um die Position im hart umkämpften internationalen Wettbewerb zu halten oder zu verbessern. *economiesuisse* hat daher die Priorisierung zugunsten von Bildung und Forschung mit einem jährlichen Zuwachs auf Bundesebene von sechs Prozent von Anbeginn unterstützt.

Mehr Mittel allein sind jedoch nicht hinreichend. Im Zentrum stehen vielmehr Reformen sowie das Bemühen um eine höhere Akzeptanz zugunsten neuer Technologien seitens der Gesellschaft. In der Güterabwägung neuer Technologien müssen wir wieder einen offenen Blick für die Chancen entwickeln, statt nur die Risiken zu zelebrieren. Das Hochschulförderungsgesetz sollte zeitgerecht sowie in der Substanz überzeugend abgeschlossen werden. Damit der nötige Wettbewerb gestärkt werden kann, kommt einem transparenten Referenzkostensystem eine Schlüsselrolle zu. Das Augenmerk ist dabei vor allem auf den Erfolg am Arbeitsmarkt zu richten.

Im Spannungsfeld zwischen berechtigten Koordinationsbedürfnissen und der Autonomie der Hochschulen ist, ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip, die Bürokratisierung strikte in Grenzen zu halten. Der für den Standort Schweiz tragenden Rolle der ETH ist besonders Sorge zu tragen. Über diese wichtige Reform der Hochschulen hinaus erscheint mir klar, dass wir bereits in der Volksschule und in der bewährten Berufsbildung die Neugierde und das Interesse an den Naturwissenschaften wieder stärker gewichten müssen.

Dies alles sind zentrale Anliegen von economiesuisse. Die Wirtschaft kann jedoch nicht nur fordern. Persönlich bin ich der tiefen Überzeugung, dass Freiheit und Verantwortung eine Klammer für den Erfolg darstellen. Dies müssen wir als Vertreterinnen und Vertreter des Unternehmertums immer wieder deutlich machen. Dazu rufe ich Sie auf. Die Welt ist zwar, wie Bill Gates sich ausdrückte, zum Dorf geworden. Die Wurzeln bewährter Unternehmenskultur dürfen jedoch nicht wegen zeitgeistiger Modeströmungen verkümmern. In unserer direkten Demokratie müssen auch wir zudem die Menschen überzeugen. Und das geht nur, wenn wir verstärkt das Langfristige in den Fokus nehmen, die Zusammenhänge plausibel aufzeigen und für die notwendige Bodenhaftung sorgen. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz so, und nur so, auf der Gewinnerseite bleibt.

Die Worte unseres heutigen Gastreferenten, Nicolas G. Hayek, an der Generalversammlung des Vororts von 1997 haben diesbezüglich nichts an Aktualität verloren. Er sagte: „Wir Unternehmer sind die Träger nicht nur des Wohlstands, sondern der innovativen und kreativen Schweiz, und als solche haben wir die Verantwortung, gradlinig und offen unsere Meinung und Kritik zu äussern, wie auch Verantwortung zu übernehmen, an der Politik mitzuwirken.“ Als Brückenbauerin zwischen Wirtschaft und Politik wird economiesuisse in diesem Sinne auch in Zukunft alles daran setzen, damit die Säulen zur Zukunftssicherung wie die Bereitschaft zur technologischen Erneuerung, Wettbewerb, Eigentum und Eigenverantwortung tragfähig bleiben. Wir stehen in der Pflicht, das über Generationen hinweg geprägte Erfolgsmodell Schweiz weiterzuentwickeln.